

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr

Nr. 15 - 51. Jahrgang

Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3

Berlin, 29. März 1930

Der Stand der Lohnverhandlungen

Die Verhandlungen zum Abschluß neuer Lohnabkommen im Baugewerbe sind im ganzen Reich im vollen Gange. Wie nicht anders zu erwarten war, sind die Parteiverhandlungen überall an den unverständlichen und für die Bauarbeiter unerträglichen Lohnabbauforderungen der Unternehmer gescheitert. Die Haltlosigkeit der Unternehmerforderungen haben wir bereits eingehend dargelegt und wir können es uns daher ersparen, auf eine Denkschrift der Arbeitgeberverbände näher einzugehen, die diese ihren Bezirksverbänden offenbar als Richtlinien für die Lohnverhandlungen mit auf den Weg gegeben haben. Die Denkschrift wird denselben Verfasser haben, wie die bereits besprochenen Artikel in der Arbeiterpresse, Herr Dr. Claus. Sie bringt nichts Neues. Die Vergleiche von Stundenlöhnen und Lebenshaltungskostenindex und von Tariflöhnen im Baugewerbe mit denen anderer Gewerbe werden dadurch nicht beweiskräftiger, daß man sie wiederholt. Den Jahresdurchschnittsverdienst eines gelernten Bauarbeiters von 2958,90 RM. werden uns die Unternehmer hoffentlich noch an Hand von Lohnbüchern beweisen. Aber man scheut es wohl, die wahren Lohnverhältnisse bekannt zu geben. Sie möchten in zu kraßem Mißverhältnis stehen zu den theoretisch errechneten Werten. Die Unternehmer zeigen mit ihrer unsachlichen Beweisführung, die überall bei den Verhandlungen zutage getreten ist, nur, daß ihnen trotz aller scheinheiligen Beteuerungen am Wohl der Arbeiterschaft nicht ein Pfifferling gelegen ist. Ihre wahren Wünsche gehen klar aus der Denkschrift hervor. Man möchte wieder „normale Verhältnisse“, d. h. Zustände, wie sie etwa vor 30 Jahren waren: keine Gewerkschaften, keinen Tarifvertrag, keine Sozialversicherung, Regelung des Lohnes nach Angebot und Nachfrage. Nun, diese Wünsche sind so naiv, daß man darüber nicht zu reden braucht, wenigstens was die Gewerkschaften und die Sozialversicherung angeht. Wenn die Unternehmer aber glauben, ohne Tarifwesen existieren zu können, nun, so sollen sie weiter so unklug verfahren wie jetzt. Wer bei einer Beseitigung des Tarifwesens die Last trägt, steht dahin. Wir möchten der Bau-

wirtschaft wie der gesamten Volkswirtschaft jedenfalls gern diese Beunruhigung erspart wissen.

Bei den Tarifamtsverhandlungen haben die Unternehmer ihr Verhalten nicht geändert. Unverändert haben sie ihre Forderungen auf einen Lohnabbau von 5 bis 18 Pf. aufrechterhalten, wobei noch zu bemerken ist, daß der stärkste Lohnabbau ausgerechnet in den schlechtestentlohnerten Gebieten gefordert wurde. Infolge der schroffen Haltung der Unternehmer sind dann auch die Tarifamtsverhandlungen in der ersten Instanz überall ergebnislos verlaufen. Wohl sind in den meisten Fällen Schiedssprüche seitens des Tarifamtsvorsitzenden gefällt worden, sie wurden jedoch überwiegend von beiden Parteien abgelehnt. Die Schiedssprüche gehen bis auf drei Fälle dahin, daß die bisherigen Lohnsätze für ein weiteres Jahr Geltung haben. In Oberschlesien aber, in der Pfalz und in Württemberg haben sich die Tarifamtsvorsitzenden bereit gefunden, einem Lohnabbau von 4 Pf. zuzustimmen. Die bisherigen Schiedssprüche besagen allerdings noch nichts, auch da nicht, wo sie mit Stimmenmehrheit zustandekommen sind, wie das der Fall ist in den Tarifgebieten Rheinland, Pfalz, Württemberg und Oberschlesien. Die Entscheidung liegt jetzt zunächst bei den verstärkten Tarifämtern, die mit sieben von elf Stimmen endgültige Entscheidungen treffen können, und wenn diese Mehrheit nicht zustandekommt, beim Haupttarifamt, das endgültig und bindend entscheidet.

Wir glauben nicht, daß die Unparteiischen der verstärkten Tarifämter und des Haupttarifamts dem Beispiel der ersten Tarifinstanz, vor allem in Oberschlesien, Pfalz und Württemberg, folgen werden. Wir würden es jedenfalls nicht verstehen, wo es dazu ganz offensichtlich ist, daß die Lage der Bauarbeiter sich tatsächlich verschlechtert hat, und es andererseits keine Frage ist, daß die augenblicklich schwache Baukonjunktur keinesfalls ihre Ursache in den Bauarbeiterlöhnen hat. Sollten wir uns täuschen, so könnte immerhin die Frage auftauchen, ob es in Zukunft zweckmäßig wäre, dem Haupttarifamt die letzte bindende Entscheidungsgewalt in Lohnfragen zu belassen.

katholischen Arbeitervereine haben im Verband Wohnungsbaubauspargruppen eingeführt. Der Caritasverband beschäftigte sich auch mit dem Gedanken, eine katholische Bausparkasse zu errichten. Auch sozialistische Kreise tragen sich mit dem Gedanken, eine Bausparkasse zu gründen. Es hätte das weitere Zersplitterung bedeutet. Deshalb strebten die christlichen Gewerkschaften dahin, eine weitere Zersplitterung zu vermeiden und die Kräfte im christlichen Lager einheitlich zusammenzufassen. Man sah jedoch von der Gründung einer eigenen Bausparkasse ab und suchte Anlehnung an eine bereits bestehende, vertrauenswürdige Bausparkasse. Nach längeren Verhandlungen kam dann mit der größten, bedeutamsten und ältesten Bausparkasse „Gemeinschaft der Freunde“ in Wülstener-Ludwigsburg das erwähnte Abkommen zustande.

Es bestanden zunächst Bedenken, mit der G. d. F. ein Abkommen zu treffen. Bekanntlich haben die christlichen Gewerkschaften früher dieser Bausparkasse sehr kritisch gegenübergestanden. Das geschah jedoch nicht, weil etwa das Bauwecksparen grundsätzlich abgelehnt wurde, sondern weil uns das System der „Gemeinschaft der Freunde“ nicht zusagte. Nicht zuletzt durch unsere Kritik ist im Laufe der Jahre jedoch die G. d. F. umgestellt worden: Sie hat ihr Zuteilungssystem geändert. Durch Erlass des Württembergischen Ministeriums des Innern vom 28. März 1927, im Verein mit der Reichsbank und dem Reichswirtschaftsministerium, ist der G. d. F. das Depot- und Depostrecht verliehen worden. Durch gemeinsamen Erlass des Württembergischen Innenministeriums und des Finanzministeriums vom 1. November 1928 ist die G. d. F. als Vertretungsstelle im Sinne des Beamtenheimstättengesetzes zugelassen worden. Die G. d. F. untersteht der ständigen Revision durch die Süddeutsche Treuhand-Aktiengesellschaft in München. Die Debitoren der G. d. F. (insbesondere Geldanlagen) werden durch den Direktor der Württembergischen Rentenbank, der im Aufsichtsrat der G. d. F. ist, laufend überwacht. Der Aufsichtsrat ist ganz anders zusammengesetzt als das früher der Fall war. Nachdem diese Änderungen vorgenommen worden sind, bestanden für die christlichen Gewerkschaften keine Bedenken mehr, mit der „Gemeinschaft der Freunde“ ein Abkommen zu treffen.

Die G. d. F. hat ihre Tätigkeit bisher hauptsächlich auf Württemberg und Ostpreußen erstreckt. Nun wird sie ihre Tätigkeit auf das ganze Deutsche Reich intensiver ausdehnen. Bisher wurden von der G. d. F. rund 58000 Bausparverträge abgeschlossen mit einer Sparsumme von rund 85000000 RM. In den fünf Jahren ihres Bestehens wurden von der G. d. F. an über 8000 Bausparer rund 120 Millionen Baugeld zugeteilt. Das Geld der Bausparer ist insofern sicher gestellt, als die G. d. F. nur Geld auf erste Hypothek gibt. Früher hat die G. d. F. ohne Hauszinssteuer gebaut. Die Hauszinssteuermittel sollen aber künftig, wenn möglich, von den Bausparern in Anspruch genommen werden.

Mit den Wohnungsfürsorgegesellschaften und der Preussischen Landespfandbriefanstalt soll ebenfalls Fühlung genommen werden, um diese Anstalten mit in den Dienst der Sache zu stellen. Auch sind mit der „Deutschen Lebensversicherung G. A. G.“ besondere Abmachungen über die Einschaltung des Versicherungswesens in Aussicht genommen.

Ueber den Stand der Bausparkassen zu Beginn dieses Jahres gibt die Deutsche Bau- und Bodenbank eine Uebersicht. Daraus geht hervor, daß die „Gemeinschaft der Freunde“ nicht nur die meisten Mitglieder hat, sondern auch die höchsten abgeschlossenen Bausparsummen, die höchsten Summen der eingezahlten Bausparbeträge, die höchsten zuteilten Summen von Darlehen und auch die höchsten Zahlen der Darlehen (siehe dazu die Aufstellung auf der nächsten Seite).

Die Bausparkassen haben, wie aus dieser Aufstellung ersichtlich, für die Beschaffung von Eigenkapital für den Wohnungsbau bereits eine große Bedeutung erlangt. Bei dieser Sachlage erschien es für die christlichen Gewerkschaften nicht geraten, länger

Christliche Arbeiterbewegung und Bausparkassen

Am 21. Februar wurde nach längeren Verhandlungen zwischen der Bausparkasse der Gemeinschaft der Freunde Wülstener-Ludwigsburg (kurz G. d. F. genannt) und einer Reihe christlicher Organisationen ein Abkommen getroffen, nach dem die Vertragsschließenden auf die Dauer des Abkommens (zehn Jahre) auf die Gründung eigener Bausparkassen verzichten und ausschließlich die Bausparkasse der G. d. F. empfehlen.

Das Abkommen ist unterzeichnet von: Bernhard Otte (Berlin), Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands; Clemens Schlicher (Berlin), Geschäftsführer der Gemeinnützigen A.-G. „Deutscher Heimbau“, Berlin-Lichtenberg und Vorsitzender des Reichsverbandes Deutscher Bauproduktionsgenossenschaften G. B.; Hermann Josef Schmitt (Berlin), Generalsekretär des Reichsverbandes der kath. Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands; Präsident Riß, Verband „Wohnungsbau und Siedlung“ G. m. b. H., Köln; Josef Becker (Berlin), Direktor der Deutschen Lebensversicherung G. A. G.; Dr. Heinrich Hirtleier, Preussischer Staatsminister und Minister für Volkswohlfahrt, Berlin; Hermann Peters, Ministerialdirigent im Preussischen Wohlfahrtsministerium, Berlin.

Die Vertragsschließenden erstreben nach dem Vertrag die Sammlung aller aufbauenden Kräfte in einer auf gemeinnütziger Grundlage beruhenden Bausparkasse im Rahmen der G. d. F. Die bereits bestehende Geschäftsstelle in Berlin wird erweitert zur Lan-

desgeschäftsstelle für Preußen. Sie wird mit zwei Geschäftsführern besetzt. Der eine wird von der G. d. F., der andere von den erwähnten Vertragsschließenden bestellt. Die genannten Organisationen haben als Geschäftsführer den Kollegen Josef Treffer vorgeschlagen, der bisher beim Deutschen Gewerkschaftsbund das Dezernat für das Wohnungs- und Siedlungswesen innehatte. Ferner wird in Berlin ein Beirat gebildet. Die genannten Organisationen erhalten mehrere Stimmen im Aufsichtsrat wie auch in der Gesellschafterversammlung. Es werden ihnen so viele Geschäftsanteile überlassen, daß ohne ihre Zustimmung eine Änderung des Gesellschaftsvertrages nicht mehr beschloffen werden kann. In der Aufsichtsrat sind bereits die Kollegen Becker, Schlicher und Generalsekretär Schmitt gewählt. Die Vertragsschließenden sind sich darüber einig, daß die Angliederung weiterer Organisationen angestrebt werden soll. Man denkt vor allem an den Caritasverband, die Innere Mission, die evangelischen Arbeitervereine, Gesellenvereine usw. Damit soll eine weitere Zersplitterung auf dem Gebiete des Bausparkassenwesens vermieden und die Kräfte konzentrisch zusammengefaßt werden.

In Deutschland gibt es bereits etwa 170 private Bausparkassen, die sich gegenseitig Konkurrenz machen. Ein großer Teil davon ist ungesund. Aus den Kreisen der christlichen Gewerkschaftler kommen vielfach Anfragen, welche Bausparkassen zu empfehlen sind. Auch wurde schon häufig angeregt, eine eigene Bausparkasse vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ins Leben zu rufen. Von evangelischer Seite wurde bereits eine Bausparkasse gegründet. Die

auf dem Gebiet des Bauwesens passiv zu bleiben. Sie haben deshalb den Vertrag mit der G. d. F. in

| | Mitglieder | Abgeschl. Sparsumme | | Eingetr. Beiträge | | Zahl der Darlehen |
|--|------------|---------------------|-------|-------------------|------|-------------------|
| | | 1922 | 1923 | 1922 | 1923 | |
| Gemeinschaft der Freunde | 57 400 | 840 | 121 | 120,8 | 8084 | |
| Deutsche Bau- und Siedlungsgemeinschaft | 15 000 | 225 | 16,25 | 19,3 | 1550 | |
| Siedlungsverband für Eigenheim 30. 9. 23 | 10 400 | 99,9 | 6,6 | 6,31 | 654 | |
| Eigenheim- und Siedlungsverband | 7 724 | 63,1 | 4,27 | 3,85 | 316 | |
| Deutscher Bau- und Wirtschaftsverein | 6 220 | 65,25 | 1,67 | 1,1 | 76 | |
| Deutscher Bauverein | 4 365 | 29,25 | 2,2 | 2,8 | 441 | |
| Deutscher Bauverein A. G. | 5 011 | 60,6 | 3,7 | 4,73 | 365 | |
| Deutscher Bauverein Heimstätten | 5 640 | 33,6 | 1,24 | 0,88 | 151 | |
| Arbeitsrat der Selbsthilfe der Arbeit | 3 450 | 30,65 | 1,13 | 1,32 | 122 | |
| Deutscher Bauverein | 342 | 4,0 | 0,61 | 0,59 | 69 | |

der Ueberzeugung geschlossen, den am Bauwesenspassiven interessierten Anhängern der Bewegung einen Dienst zu erweisen. In diesem Sinne bitten wir, von dem Vertragsabschluss Kenntnis zu nehmen und dem Vertrag entsprechend zu handeln. (Anfragen sind zu richten an die Landesgeschäftsstelle der Gemeinschaft der Freunde für Preußen, Geschäftsführer Josef Treffert, Berlin SW 11, Kleinbeerenstraße 23.)

„Dies Kind, kein Engel so rein“

So möchte man — schreibt man uns aus dem Bezirk Karlsruhe — als Ueberschrift setzen über einen Artikel, der in der sozialistischen „Tuttlinger Volkszeitung“ und im „Grundstein“ Aufnahme gefunden hat. Mit allerlei Kreuz- und Quersprüngen und die Wahrheit dabei vergewaltigend, versucht ein R. — wohl Rosenfeld — etwas zu beschönigen, was sich einfach nicht beschönigen oder durch Dialektik wegstreiten läßt. Daß man es dabei mit der Wahrsamkeit nicht so genau nimmt, sei nur nebenbei erwähnt. Wozu auch? Bist drauf los, etwas bleibt hängen! Papier ist ja geduldig und vielleicht glaubt auch einer, was für Unschuldslämmer die sozialistischen Gewerkschaften und ihre Unterführer sind. Die Grundzüge des Erfurter Programms gelten für den Artikelschreiber immer noch: „Dem Gegner gegenüber kann auch Unwahrsamkeit eine Notwendigkeit werden...“ Hier scheint R. eine gewisse Übung zu haben.

Was gab denn nun den Stoff zu diesem geistigen Erguß? Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter hatte an einem der letzten Sonntage in mehreren Ortsgruppen des Heubergs zu Versammlungen eingeladen. Daß die Versammlungen gut besucht waren, kann der Artiller nicht bestreiten. Und weil nun denn so ist, muß alles mögliche für den Besuch erhalten. Wahlos werden die Gemeindevorsteher und die Zentrumspartei und weiß Gott wer sonst noch verantwortlich gemacht, daß man versucht, auch auf dem Heuberg die Mäste der sozialistischen Gewerkschaften zu lüften. Der Artiller leidet aber an starker Gedächtnisschwäche. Er kann sich gar nicht erinnern, daß die sozialistischen Gewerkschaften einmal gegen die Religion verstoßen hätten. Oder ist es ihm peinlich, daß diese Dinge berührt werden? Glaubt er vielleicht gar im Ernst an die politische und religiöse Neutralität der sozialistischen Gewerkschaften? Bei einem wachenden Gewissen ist das doch kaum anzunehmen. Oder ist er nicht überzeugter Genosse? Ist er etwa religiöser Sozialist? Es sei deshalb versucht, den Artiller ein klein wenig in die Gefühle der sozialistischen, religiösen Neutralität zurückzuführen. Seit die freien Gewerkschaften bestehen, sind sie aufs engste mit der Sozialdemokratie verbunden. Einheitsfront in den Grundzügen und einheitliche politische Bestimmung der führenden Personen in Partei und Gewerkschaften. Bedingung für einen freien Gewerkschaftsbeamten war und ist auch heute die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei.

Ein Bild aus jüngerer Vergangenheit, aber auch eins, das an Deutschland nicht zu wünschen übrig läßt: Dr. Paul Fichowst, ein Führer der Berliner religiösen Sozialisten, erhebt bittere Klage in der Zeitschrift „Das Evangelische Deutschland“. Er läßt sich folgendermaßen aus:

„Mitglied der sozialistischen Partei Deutschlands zu werden, ist für den religiösen Menschen nachgerade zur Unmöglichkeit geworden... Anders aber sieht die Theorie und anders die Praxis aus... und alles was noch zur Kirche und Religion hält, muß sich tagtäglich mühsamlich und schriftlich, dazu noch in offiziellen Organen... als minderwertig, als dumm, als rückständig beschimpfen lassen.“

In der Monatszeitschrift „Unser Weg“ hat der Sozialist Franz Kämpfer klar und deutlich das Problem gelöst. Jeder aufgeklärte Genosse ist selbstverständlich freidenker und wer „noch“ zur Kirche hält, ist ein vollkommener Trottel und Döner. Wie war es bei der Jugradweiche im Reichstagen Redepalast? Die Klage die Rede des Genossen Schneider? Schreit voll mit Anstößen gegen alle, die ihr Vertrauen auf ein höheres Wesen setzen, war diese Rede. Will der Artiller sich vielleicht darüber erkundigen? Die sprach Bebel? „Christentum und Sozialismus sehen sich einander gegenüber wie Feuer und Wasser.“

Hat das Wort seine Gültigkeit verloren? Was haben die sozialistischen Gewerkschaften auf religiösem Gebiet sich schon alles erlaubt? Auch der „Grundstein“ und der „Zimmerer“. Ist dem Artiller davon nichts bekannt? Oder vertritt sich diese Stellungnahme mit seiner „religiösen Neutralität“? Klare Front, lieber R. Das war auch der Zweck der Versammlungen. Christliche Arbeiter haben keinen Platz in Reihen, wo ihr Heiligstes in der infamsten Weise verhöhnt und in den Kot gezogen wird. Nur diese paar Gedanken sollen für heute erwähnt sein. Wenn mehr gewünscht wird, wir stehen zur Verfügung!

Doch auch die anderen Anzuspinnungen können nicht übergangen werden. Eigentlich sollte man nicht mit Kanonen nach Späßen schießen. Dem Artiller hat es die Tatsache angetan, daß der christliche Bauarbeiterverband sich um die Heuberg Bauarbeiter kümmert. Kleine Erinnerungsfehler, die allerdings Jahre ausmachen, stören den Artiller nicht. Es gab eine Zeit, wo der christliche Bauarbeiterverband sich der Heuberg Bauarbeiter annahm, wo R. noch an Vaters Hand spazierenging. Auch nach der Revolution war es der christliche Bauarbeiterverband, der auf dem Heuberg sich der Bauarbeiter annahm. Er hat zuerst die Grundlagen für ein einigermaßen geordnetes Verhältnis seinerzeit geschaffen. Am Eisenbahnbau Schönberg-Rottweil wurden durch unseren Verband die Löhne nach sehr schwierigen Lohnverhandlungen geregelt. Ist dies R. nicht bekannt? Durch sozialistische Verhehungen sind seine Mitglieder wieder verlorengegangen. Das sei zugegeben. Um die eigentlichen Drahtzieher beneiden wir den Baugewerksbund nicht. Ueberragende Charaktere sind solche Menschen wahrlich nicht. Ich habe Achtung vor dem überzeugten Sozialisten, weil er eine Meinung hat. Will der Artiller behaupten, daß der größte Teil seiner Vertrauensleute eine solche hätte? Auch der eine oder der andere, der den Referenten entgegentrat? Deutlicher will ich nicht werden. Wer aber auf der einen Seite den „guten Christen“ mimt, womöglich noch im Kirchenstiftungsrat sitzt, auf der anderen Seite Sozialist spielt, mit dem kann es nicht weit her sein, wenigstens nicht hinsichtlich seiner Ueberzeugung.

Nur noch kurz die Verirrung auf das politische Gebiet. Unter dem sozialistischen Arbeitsminister Wissell wurden die letzten großen Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung den Bauarbeitern beschert. Der sozialistische Arbeitsminister Wissell war es, der die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf die Bauarbeiter abgelehnt hat. Der sozialistische Minister — ehemaliger Arbeitersekretär — war es, der die Fägel in der Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung schleifen ließ. Der Sozialist Hülfserding war es, der kein Geld hatte für die Arbeitslosen. Ist es anders? Der Artiller mag doch mal seinen blonderen Bruder „Kommunist“ fragen. Gewiß, unangenehm sind solche „Geschichtserinnerungen“. Wir hätten sie nicht gebracht, wenn der Artiller nicht eigene Geschichte nach seiner Geistesverfassung gemacht hätte.

Daß auch Schulkollegen des Heubergs mitamt „Mottenburg“ erhalten müssen, sei des Kuriosums halber erwähnt. Die Heuberg Bauarbeiter und auch die übrigen wissen, was sie an ihren Ortsvorstehern haben. Tuttlingen braucht sie nicht zu befehlen. Die Bauarbeiter, wenigstens die christlich denkenden und handelnden, können aus der ganzen Sache sehen, zu was ihre Beiträge gut sind. Bebel sprach: „Man kann nicht ein guter Christ und gleichzeitig Sozialist sein.“ Deshalb, Bauarbeiter des Heubergs, klare Front!

War das notwendig?

Daß die staatliche Schlichtung den Unternehmern doch noch genehm ist, beweist folgender Vorfall:

Seit Jahren sind wir schon bemüht, für unsere Kollegen, die in den Stahlwerken im Krefelder Bezirk beschäftigt sind, geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die letzte Lohnbewegung brachte unseren Kollegen eine Lohnhöhung von 10 Pf. pro Stunde. Damit war unsere Bewegung nicht erledigt, denn es kommt in den Werken nicht allein darauf an, welchen Lohn unsere Kollegen pro Stunde erhalten, sondern es hatten noch andere wichtige Fragen der Lösung. Vor allen Dingen sollten die Heiz- und Schmelzumlagen geregelt werden. Alle Versuche unsererseits, zu einer Regelung zu kommen, scheiterten durch die Metallindustriellen. Um nun den Frieden zu erhalten, riefen wir in dieser Sache den staatlichen Schlichtungsausschuß an. Wir hatten die Hoffnung, nun doch zu einer uns in etwa befriedigenden Lösung zu kommen. Wir hatten uns getäuscht; denn es wurde ein Spruch verfaßt, der unter keinen Umständen von uns akzeptiert werden konnte. Von Seiten der Metallgewaltigen wurde, nachdem wir den Spruch abgelehnt hatten, der Antrag auf Verbindlichkeit gestellt. In der beim Schlichter für den Bezirk Westfalen stattgefundenen Verhandlung wurde eine Einigung nicht erzielt. Einige Tage später erhielten wir die Mitteilung, daß der Spruch für verbindlich erklärt sei.

Interessant sind die Begründungen, die von Arbeitgeberseite gemacht wurden.

In der Verhandlung vor dem Schlichter erklärte der Syndikus des Vereins der Metallindustriellen in Krefeld, daß ein öffentliches Interesse vorliege. In den letzten Jahren wären wir als Bauarbeiter immer und immer wieder mit neuen Forderungen an sie herangetreten und hätten dann, wenn sie sich weigerten unsere Forderung anzuerkennen, mit Streik gedroht. Es wären in den Stahlwerken 5000 Arbeiter beschäftigt, denen nur 120 Bauarbeiter gegenüberstünden. Diese 120 Bauarbeiter würden es fertig bringen, daß die gesamte Belegschaft von 5000 Mann auf die Straße komme. Diese Sorge um die Arbeiterschaft ist einfach rührend. 120 Bauarbeiter bringen keine 5000 andere Arbeiter auf die Straße, dafür ist unser Verantwortungsgefühl der Allgemeinheit gegenüber doch zu groß. Hätten wir dieses Verantwortungsgefühl nicht gehabt, dann hätten wir doch nicht den staatlichen Schlichtungsausschuß angerufen. Die Metallgewaltigen als Vertreter der Arbeiterinteressen! Da sage noch einer etwas von Kapitaldiktatur. Wie ist man doch jetzt friedlich geworden. Vor 1 1/2 Jahren brachten einige Leute aus der Schwerindustrie es noch fertig, Hunderttausende von Arbeitern im Kampf gegen die Schlichtungsordnung wochenlang auf die Straße zu werfen. Heute beantragt man die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches, der von der Arbeiterschaft abgelehnt wurde, mit der Begründung, daß sonst 5000 Arbeiter auf die Straße fliegen würden. Nein, 120 Bauarbeiter bringen nie, und nicht weil sie es nicht können, sondern weil sie es aus Verantwortungsgefühl nicht tun, 5000 andere Kollegen auf die Straße, aber einige Großkapitalisten bringen Hunderttausende Arbeiter ins Verderben und die so mit ganz brutalen Mitteln bekämpfte Schlichtungsordnung nimmt man dann für sich in Anspruch, wenn es gegen die Arbeiterschaft geht und wenn die Arbeiterschaft den gerechten Anteil an der von ihr mitgeschaffenen Kultur haben will. Das nennt man nun noch konsequent. Vielleicht organisiert sich die Arbeiterschaft, wenn sie die rührende Sorge des Vereins der Metallindustriellen einmal kennt, bei diesen? Die Bauarbeiterchaft wird aber aus dieser Handlungsweise ihre Konsequenzen zu ziehen wissen; der Kampf um unser Recht geht weiter und den Wolf im Schafspelz hat die Bauarbeiterchaft erkannt. Jetzt wird sie erst recht zusammenstehen.

In Anbetracht dieser Situation aber fragen wir den Schlichter für den Bezirk Westfalen, ob er bei einer anderen Gelegenheit bereit ist, auch uns einmal, wenn wir den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung stellen, diesem Antrage stattzugeben? Wir werden so unbescheiden sein, ihn das nächstemal an diese Verbindlichkeitsklärung zu erinnern, vielleicht schreiben wir dann besser ab. Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe, oder doch?

Mathias Terhorst, Krefeld.

Allgemeine Rundschau

Der Wohnungsbau 1929

Nach einer Zusammenstellung des Preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt wurden 1929 in sämtlichen Gemeinden Preußens etwa 198 500 Wohnungen in Wohnhäusern (ohne Umbauten) gegen 185 500 im Vorjahr fertiggestellt, mithin 13 000 Wohnungen oder 7 Prozent mehr. Auf Grund der preussischen Angaben und des Ergebnisses der monatlichen Ermittlungen in sämtlichen Groß- und Mittelstädten — in den nicht-preussischen Gemeinden war die Zunahme verhältnismäßig etwas größer als in den preussischen — kann man schätzungsweise annehmen, daß der gesamte Reizugang im Deutschen Reich sich 1929 auf annähernd 330 000 Wohnungen (im Vorjahre 310 000) belaufen haben dürfte.

Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland

Von den 32 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland sind 28 Millionen, also 87,5 Prozent in der Landwirtschaft tätig. Die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung hat einen Wert von jährlich 13 Milliarden. Davon verbraucht die Landwirtschaft selbst 4 Milliarden der Erzeugnisse, so daß für 9 Milliarden Erzeugnisse an die übrige Bevölkerung abgegeben werden. 85 Prozent des Nahrungsbedarfs der deutschen Bevölkerung wird von der deutschen Landwirtschaft geliefert, die übrigen 15 Prozent der Lebensmittel müssen eingeführt werden. Es werden in Deutschland durchschnittlich jährlich erzeugt für 2,25 Milliarden RM Getreide, für 4,5 Milliarden RM Schlachtvieh und für 3,5 Milliarden RM Milch.

Ablauf von Verträgen

In diesem Jahre sowie in den folgenden Jahren dürften sehr viele Versicherungsverträge unserer Mitglieder für die Feuer- und Einbruchdiebstahl-Versicherung ablaufen, die unmittelbar nach Beendigung der Inflationszeit (1924) abgeschlossen worden sind. Da die Kündigungsfrist in den meisten Fällen drei Monate beträgt, raten wir unseren Mitgliedern, für den Fall, daß diese Versicherungen nicht bei unserer Deutschen Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft abgeschlossen worden sind, sofort den Ablauftermin festzustellen und die bisher bei anderen Gesellschaften abgeschlossenen

Feuer- und Einbruchdiebstahl-Versicherungen sofort durch eingeschriebenen Brief zu kündigen. Jeder Gewerkschaftler ist verpflichtet, sein Hab und Gut bei unserer Deutschen Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft in Berlin-Friedenau, Hähnelstraße 15a, zu versichern. Er erreicht dies sofort, wenn er uns eine Mitteilung der Kündigung seiner bisherigen Versicherung mit dem Ersuchen um Antragsaufnahme sendet. Dann wird von uns sofort das Weitere veranlaßt werden. Den Mitgliedern steht es auch frei, sich an die bekannten Geschäftsstellen der Gesellschaft zu wenden.

Aus dem Verbandsleben

Rommertz. Am Sonntag, dem 26. Januar, hielt unsere Ortsgruppe hier im geschmückten Saale des Gastwirts Imhof einen gut besuchten Familienabend ab, verbunden mit Ehrung von sechs Jubilaren, welche über 25 Jahre dem Verbandsangehörigen haben. Der Musikverein hatte sich mit seiner Kapelle unter Leitung seines Dirigenten Heil in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt und erhöhte die Feststimmung. Auch der Gesangsverein „Harmonie“ unter Führung seines Dirigenten Zahn brachte gut ausgewählte Chöre zum Vortrag, welche allgemeinen Beifall fanden. Im Mittelpunkt des Abends stand die Ehrung der Jubilare, welche von Mitgliedern Hochmann herzlich begrüßt und durch den Kollegen Stahl durch Ueberreichung der Ehrenurkunde und der silbernen Verbandsnadel geehrt wurden. In der anschließenden Festrede über „30 Jahre christlicher Bauarbeiterverband“ wurde den zahlreich erschienenen Anwesenden die Notwendigkeit und Bedeutung der christlichen Gewerkschaften vorgestellt. Der Abend war ein großer Erfolg für die christlichen Bauarbeiter von Rommerz.

Suderstadt. Am 2. Februar hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Franz Huch, eröffnete die Versammlung und begrüßte die erschienenen Kollegen. Darauf gab Kollege Wucherjennig einen Tätigkeitsbericht. Er betonte, daß trotz der schlechten Arbeitslage unser Verband gute Fortschritte gemacht habe. Die Verwaltungsstelle hat im letzten Jahre 150 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Auch ist unsere Jugend reiflos organisiert. Nachdem unierem Kassierer, Kollegen Steinmetz, welcher den Posten schon 24 Jahre bestrahlt, Entlastung erteilt war, wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Der 1. Vorsitzende, Franz Huch, dankte für das entgegengebrachte Vertrauen und wies auf das 25jährige Verbandsfest der Ortsgruppe Mingerode hin und bat jeden Kollegen Pfingsten 1930 dort zu erscheinen.

Rhumspinge. Am 4. Februar hielt unsere Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls durch Kollegen Wagner gab Kollege Gottlieb Degener den Kasienbericht. Ihm wurde Entlastung erteilt. Die anschließende Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Augustin Habis, 2. Vorsitzender Otto Kirchner aus Nüßershausen, Kassierer Gottlieb Degener, Schriftführer Kornelius Wagner, Revisoren Augustin Diedrich und Aljona Degener, Erschreiber Alois Germershausen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, eifrig mitzuarbeiten und das pünktliche An- und Abmelden nicht zu vergessen. Kornelius Wagner.

Freiburg i. Br. Die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle fand am 23. Februar statt. Nach der Ehrung der verstorbenen Mitglieder gab Kollege Schüller den Geschäftsbericht. Die Beschäftigung im Baugewerbe war im Berichtsjahre keine besonders gute, trotzdem sind wir aber auch im Jahre 1929 weiter vorangekommen. Besonders gute Arbeit wurde auf dem Gebiete der Rechtschutzstätigkeit geleistet. An den Arbeitsgerichten konnten im Laufe des letzten Jahres für die Kollegen 2607,47 RM herausgeholt werden. Sehr umfangreich war auch die Vertretung für die Kollegen vor dem Oberversicherungsamt und den Spruchbehörden der Arbeitsämter. Der schriftliche Verkehr mit dem Sekretariat war sehr reger. Der Besuch der Versammlungen war das ganze Jahr hindurch gut. Mit dem Dank an alle Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute und mit einem feurigen Appell zur Mitarbeit schloß der Kollege Schüller seinen lüdenlosen Geschäftsbericht. — Der Vorsitzende erteilte nun das Wort dem Kollegen Heinrich zu seinem Vortrag „Kritik der Zeit“. Kollege Heinrich führte dabei u. a. aus: Seit der Staatsumwälzung haben wir in Deutschland noch keine so schwere und verhängnisvolle Zeit erlebt wie zur Gegenwart. Die wirtschaftliche Lage unseres Vaterlandes wird dadurch beleuchtet, daß drei Millionen Erwerbsloser, mit ihren Angehörigen zwölf Millionen Menschen, öffentliche Unterstützung beziehen. Das Verhängnis liegt in der geringen Abzahnmöglichkeit der Produktion. Die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft ist zu einem Zeitpunkt erfolgt, wo das deutsche Volk nicht leistungsfähig war, weshalb der Innenmarkt nicht befestigt werden konnte. Zu beachten ist ferner, daß durch Aufhebung des ständigen Heeres über 60000 Menschen in den Produktionsprozess hineingestellt wurden. Die Landwirtschaft der Landwirtschaft, ohne deren Sanierung auch die Arbeiterchaft nicht vorwärtskommen kann, wirkt sich auf dem Arbeitsmarkt merkwürdig aus, da die unbenutzten Kräfte des Landes im Produktionsprozess bevorzugt werden. Der Gewerkschaftskampf muß in der Zukunft nicht nur um Lohn und Gehalt geführt werden, sondern auch um besseren Austausch der Waren und Ausschneiden der Parasiten im Handel. Die Frauenarbeit muß auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden, das Kind muß seine Mutter

Am 29. März 1930 ist der dreizehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

zurückhalten, damit es zu einem rechten, stützenden Menschen erzogen wird. Aber auch die Arbeitszeit muß der Arbeitsmethode sich anpassen. Kollege Heinrich kam nunmehr auf die Lohnfrage zu sprechen und stellt fest, daß die Arbeitgeber des Baugewerbes die Lohnsätze gekündigt haben, ein Zeichen, daß sie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit nicht erkannt haben. Wir werden alles aufbieten, um einen Lohnabbau zu verhindern und nur das fordern, was wir verantworten können. Der Kampf um das Schlichtungsweesen hat erneut zugenommen, und wenn die Kommunisten das Schlichtungsweesen abschaffen wollen, so ist das geradezu eine Verriidlichkeit. In Hand einer einwandfreien Statistik wies der Kollege Heinrich die Tätigkeit der Schlichtungsstellen nach und bemerkte, daß man dem Staate dankbar sein müsse, eine solche Stelle zu haben, die die Unternehmer zwingen könne, einen gerechten Lohn zu zahlen. Wie die Kommunisten in der Praxis arbeiten, zeigt die Forderung der Betriebsräte des Schlachtwerkes, die einen Zehnstundentag haben wollen, während sie in ihrer Propaganda den Siebenstundentag fordern. Zur Sanierung der Finanzen forderte Kollege Heinrich das Notopfer des Volkes, das alle Menschen mit einem Monatseinkommen von über 400 RM zu leisten haben. Mit einem Ausruf, der christlichen Gewerkschaft treu zu

Kollegen, lest den

„Deutschen!“

bleiben, schloß Kollege Heinrich unter reichem Beifall seine gehaltvollen Ausführungen. — Die Generalversammlung war getragen von einem einmütigen Geiste, und deshalb konnte auch der wiedergewählte erste Vorsitzende, Kollege Dreßel, die Tagung mit Recht als vollen Erfolg bezeichnen.

Bonn. Am 23. Januar fand unsere diesjährige Jahreshauptversammlung statt. Dieselbe war in früheren Jahren noch nie so gut besucht wie in diesem Jahre. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Kollegen Krämer gab Kollege Steinhauer den Geschäfts- und Jahresbericht. Durch den langen und strengen Winter am Anfang des vergangenen Jahres war der größte Teil der Mitglieder arbeitslos. Die Bautätigkeit war sehr schlecht, so daß selbst im Sommer noch viele Mitglieder erwerbslos waren. Trotz des milden Winters hat sich die Arbeitslosigkeit der Mitglieder in erschreckender Weise vermehrt und bald die ungefähre Höhe des Vorjahres erreicht. Ein klares Bild über die schlechte Baukonjunktur ist an Hand der Abrechnungen zu sehen. Es wurden 1929 29 581 Voll- und 16 901 Arbeitslosenmarken verkauft. Die Einnahmen für die Hauptkasse betrugen 33 949,02 RM und für die Solalkasse 15 352,95 RM. An Krankengeld wurden in 58 Fällen 2047 RM, an Erwerbslosenunterstützung in 486 Fällen 17 961,90 RM, an Sterbegeld 998 RM und an Rechtschutz 80,95 RM ausgezahlt. Gegenüber dem Jahre 1928 wurden 2800 Vollbeiträge weniger geklebt und 3677 Arbeitslosenmarken mehr verausgabt. Die Ausstellungen für 1930 sind noch schlechter, da die Stadtverwaltung Bonn wegen der schlechten Finanzlage alle öffentlichen Bauaufträge gesperrt hat. Da im hiesigen Bezirk keine Industrie ist, ist der Bauplatz auf Aufträge der öffentlichen Hand und Privaten angewiesen. Die Reform der Arbeitslosenversicherung hat sich zu Ungunsten der Bauarbeiter ausgewirkt. Unter der verschleierten Bedürftigkeitsprüfung der Arbeitsämter leiden besonders unsere Kollegen aus den ländlichen Gebieten, welche über ein kleines Eigentum verfügen. Um weitere Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung zu verhindern, müssen wir verlangen, daß alle Festbeholdungen zur Beitragszahlung herangezogen werden. Zur Behebung des Bauplattes als Schlüsselgewerbe muß unbedingt verlangt werden, daß die gesamte Hauszinsener der Wirtschaft zugeführt und nicht teilweise für Verwaltungszwecke verbraucht wird. Weiterhin müssen sich die Mitglieder auf den Baustellen mehr für den Verband einsetzen. Durch regelmäßige Bücherkontrollen ist festzustellen, daß die Beiträge ordnungsmäßig gezahlt werden und die Anorganisierten dem Verbande zugeführt werden. Die jugendlichen Mitglieder sind zur Mitarbeit im Verbande heranzuziehen, weiterhin soll für diese ein Fachkursus eingerichtet werden. Auf eine gute Zusammenarbeit mit unseren Kollegen wird großer Wert gelegt. Nach einer kurzen Aussprache nahm Kollege Hüter das Wort zum Verwaltungs- und Rechtschutzbericht. Neben dem laufenden Briefwechsel der Verwaltungsstelle mit den Arbeitgebern, Behörden, Verbandsinstanzen, Mitgliedern, usw. wurden 34 Schriftsätze für die Mitglieder in ihren Privatangelegenheiten hergestellt. Im Jahre 1929 wurden 1386 Briefe, 253 Karten, 49 Postanweisungen, 4 Pakete, 54 Druckfachen und 8 Telegramme versandt. Durch die schlechte wirtschaftliche Lage war auch eine erhöhte Rechtschutzstätigkeit erforderlich. An Klagen an Arbeits- und ordentlichen Gerichten sowie vor dem Oberversicherungsamt wurde die Summe von 13 586,05 RM erfolgreich vertreten. Durch die verschleierte Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung laufen im Augenblick 28 Einsprüche an den Spruch-

ausschüssen der Arbeitsämter, mehrere Einsprüche sind schon zugunsten der Kollegen entschieden worden. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Krämer, 1. Vorsitzender; Micharz (Bonn), 2. Vorsitzender; Steinhauer (Bonn), 1. Kassierer; Spitz (Spendorf), 2. Kassierer; Kurth (Beuel), 1. Schriftführer; Engels (Bergheim), 2. Schriftführer. Mit dem Wunsche, daß die Zusammenarbeit des neugewählten Vorstandes und der Geschäftsführung sich zum Wohle des Verbandes und der Mitglieder im Jahre 1930 auswirken wolle, übergab der Kollege Hüter wieder den Vorsitz dem Kollegen Krämer. Kollege Bücker (Köln) hielt einen Vortrag über „Zweck und Ziele der Gewerkschaften“, wobei er vor allem die Unterschiede der christlichen Gewerkschaften gegenüber den sozialistischen behandelte. Der Vortrag fand reichen Beifall. Nach einer kurzen Aussprache schloß der Vorsitzende, Kollege Krämer, die gut verlaufene Generalversammlung. C. S.

Arzel. Am Sonntag, dem 23. Februar, hielt die Ortsgruppe Eiterfeld in Arzell eine große Tagung unter dem Vorsitz des Kollegen Klüber ab, welche mit Ehrung des Jubilars Josef Vogt aus Leibholz verbunden war. Nachmittags um 3 Uhr fand eine gut besuchte Versammlung statt, wozu die Mitglieder aus den umliegenden Nachbarorten zahlreich erschienen waren. Kollege Stahl aus Fulda hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über die jetzige wirtschaftliche Lage, wobei er auf die große Arbeitslosigkeit näher einging und Behebung derselben verlangte, und zwar 1. durch Abstellen der Doppelverdiener, 2. Bereitstellung von staatlichen Mitteln zur Behebung der Wohnungsnot und Belebung der Bautätigkeit. Am Abend desselben Tages fand die Ehrung des Jubilars Josef Vogt statt, wozu ebenfalls die Mitglieder mit ihren Angehörigen recht zahlreich erschienen waren. Der Vorsitzende, Kollege Klüber, eröffnete die Feier mit herzlichen Begrüßungsworten und erteilte dem Kollegen Stahl das Wort zu seinem Festvortrag. Der Festredner beglückwünschte den Jubilar, überreichte ihm die Ehrenurkunde mit der silbernen Nadel und überbrachte die Glückwünsche des Verbands- und Bezirksvorstandes. Redner hob die besondere Tätigkeit des Kollegen Vogt hervor und ermahnte alle Anwesenden, seinem Beispiel treu zu folgen, damit der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands auch in Zukunft noch weitere tüchtige Kämpfer in seinen Reihen beglückwünschen könnte. Auch den anwesenden Frauen sowie die Angehörigen der Mitglieder stellte er die große Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation auf christlicher Grundlage vor Augen. — Mit einem gemächlichen Tanzkränzchen fand die schöne Feier ihren Abschluß.

Cortwig (Walg). Am 23. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Nach Eröffnung und Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Kollegen Scharrf, verlas der 1. Schriftführer, Maher, die Versammlungsprotokolle des vergangenen Jahres. Diese geben ein lebhaftes Bild unserer Tätigkeit und Erfolge im Jahre 1929, aber auch der ganz besonders schlechten Wirtschaftslage der westlichen Grenzbezirke. Sodann gab Kollege Blajer den Kasienbericht. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Bezüglich der Neuwahl des Vorstandes stellte ein Kollege den Antrag, die gesamte bisherige Vorstanderschaft in Anerkennung ihrer bisherigen Tätigkeit wiederzuwählen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen; jedoch lehnte Kollege Blajer eine Wiederwahl als Kassierer ab. Infolgedessen wurde Kollege Julius Semar als 1. Kassierer neugewählt. — Nach der Versammlung blieb man noch einige Stunden fröhlich beisammen bei einem von den Kollegen Joseph Müller sen. und Aug. Vogel gestifteten „Fäßchen“.

Am 2. März hatten wir unsern Bezirksleiter, Kollegen Heinrich, wieder hier in unserer Mitte. Sein sehr interessanter Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Kollege Heinrich behandelte die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Reiches und der Länder und gewerkschaftliche Fragen. Kollege Heinrich schloß seinen Vortrag mit den Worten: „Mit dem Kreuz werden wir fliegen.“

Wuppertal-Barmen. Am Sonntag, dem 23. Februar, fand unsere Generalversammlung statt mit anschließendem Schulungskurs. Alle Ortsgruppen waren vertreten. Den Geschäfts- und Kasienbericht gab der Kollege Deppe. Die Konjunktur sei im ersten halben Jahre eine schlechte, im zweiten halben Jahre auch keine sehr gute zu nennen gewesen. Die Zusammenlegung der einzelnen Wuppertalstädte im Oktober habe zugleich eine Stilllegung der öffentlichen Bauten zur Folge gehabt, und diese wiederum habe sich dann niederdrückend auf das übrige Baugewerbe ausgewirkt. Im Wuppertal selbst sei die Lage im Baugewerbe fast katastrophal zu nennen, da mindestens vier Fünftel der Kollegen beschäftigungslos seien. Es sei niederdrückend, wenn man durch die Straßen der Stadt ginge, wo im einzelnen eine ganze Reihe Bauten bis Sockelhöhe hergestellt seien und nicht weiter daran gearbeitet würde. Es wäre das Schlimmste zu befürchten, wenn nicht bald Mittel und Wege gefunden würden, um diesem Uebelstand abzuhelfen. Hinzu kommt noch die große Erbitterung über die Zurücksetzung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenunterstützung. Die Agitation wurde durch die schlechte Konjunktur sehr beeinträchtigt. Maßnahmen wurden im Verwaltungsgebiet 140 und Uebertritte 18 getätigt. Erfreulich ist hierbei die Zunahme der Jugendlichen, so daß es möglich ist, in der Zukunft auch von einer Jugendbewegung im Wuppertal zu berichten. Die Reineinnahmen der Haupt- und Solalkasse betrugen 30 280,77 RM. An Unterstützungen wurden gezahlt 7 960,73 RM. Die Rechtschutzstätigkeit war im Berichtsjahre eine sehr rege. Insgesamt wurden, soweit wie festgestellt werden konnte, für die in Frage kom-

